

II- 4313 der Bellagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 10. JUNI 1975

No. 2134/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. HAUSER
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Inneres
betreffend Bedenken der Sicherheitsbehörden wegen vor-
schneller Freilassung von Untersuchungshäftlingen durch
die Justizbehörden

In letzter Zeit nehmen die Meldungen über die Unzufrieden-
heit der Sicherheitsbehörden über vorschnelle Freilassungen
von Untersuchungshäftlingen zu. Zuletzt berichtete der
"Kurier" am 31.5.1975 unter dem Titel "Milde wird zum
Problem", daß die Polizei die derzeitige Praxis der Gerichte
bedenklich findet, auch gefährliche Gesetzesbrecher schon
bald nach ihrer Ausforschung freizulassen oder überhaupt
nicht verhaften zu lassen; bedenklich nicht nur deshalb,
weil diese anschwellende milde Welle der Polizei letztlich
mehr Arbeit beschert, sondern weil sie ein Sicherheits-
risiko darstellt und einige Bemühungen um den vielpropa-
gierten Sicherheitsplan über Bord spülen könnte. Sodann
wird im "Kurier" die Haftscheu gegenüber manchen kriminellen
Elementen an Hand von drei konkreten Beispielen untermauert.

Der Bericht im "Kurier" schließt mit folgenden Satz: "Vor
allem die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft scheint viel-
mehr vom Ehrgeiz beseelt, Österreichs Haftquoten zu senken."

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für Inneres folgende

- 2 -

A n f r a g e :

- 1) Teilen Sie die oben angeführte Kritik der Sicherheitsbehörden an den Justizbehörden ?
- 2) Sind Sie deshalb bereits mit dem Bundesminister für Justiz in Kontakt getreten ?
- 3) Wenn dies der Fall war, welche Haltung hat der Bundesminister für Justiz dazu eingenommen ?
- 4) Wenn dies nicht der Fall war, weshalb haben Sie eine derartige Kontaktaufnahme bisher unterlassen ?
- 5) Entspricht die im "Kurier" veröffentlichte Annahme, wonach die Ursache des Problems im Ehrgeiz der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft liegt, die Haftquoten in Österreich zu senken, der Auffassung der Sicherheitsbehörden ?